

GBZ

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

JAHRESBERICHT

2004

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

GBZ

Gewerkschaftsbund des Kantons Zug GBZ

GBZ-Vorstand

<i>Präsident:</i>	Bruno Bollinger	Burgmatt 3, 6340 Baar	P: 761 89 13	SMUV
<i>Vizepräsidentin:</i>	Josy von Wyl	Sonnhalde 8, 6313 Edlibach	P: 755 19 94	GBI
<i>Vizepräsident:</i>	Pietro Panico	Chamerstr. 152, 6300 Zug	G: 711 04 20	SMUV
<i>Kassierin:</i>	Sybilla Schmid	Burgmatt 3, 6340 Baar	P: 761 89 13	SMUV
	Toni Gschwind	Staldenstr. 3, 6313 Menzingen	P: 755 19 57	VPOD

GBZ-Vertretungen

Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen

Bruno Bollinger (SMUV), Madeleine Landolt (GBI)

Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)

Josy von Wyl (GBI)

Kantonale Gleichstellungskommission

Sybilla Schmid Bollinger (SMUV), Ruth Wyss (VPOD)

Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann

Bruno Bollinger (SMUV)

Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen

Pietro Panico (SMUV)

Berufsschulkommission der Gewerblich-industriellen Berufsschule Zug

Ruedi Amrein (SMUV)

Angeschlossene Verbände:

Gewerkschaft Industrie Gewerbe Dienstleistungen SMUV

Sekretariat: Metallstr. 5, 6300 Zug, Tel. 711 04 20

Präsident: Ruedi Amrein, Hertistr. 35a, 6300 Zug

Gewerkschaft Bau & Industrie GBI

Sekretariat: Metallstr. 5, 6300 Zug, 711 81 47 / *Präsident:* Fredy Frei, Fadenstr. 25, 6300 Zug

VPOD Schweizerischer Verband Personal öffentlicher Dienste

Präsident: Toni Gschwind, Staldenstr. 3, 6313 Menzingen

Schweizerischer Eisenbahner Verband SEV (Diverse Untergruppen)

Gewerkschaft Kommunikation (Gruppe der Sektion Zentralschweiz-Post)

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkungen.....	4
2. Die GBZ-Aktivitäten	5
16. Mai: 11. AHV-Revision und Steuerpaket Nein	5
26. September: Mutterschaftsversicherung angenommen, Postdienste für alle, Einbürgerungen und zahlbare Krankenkassen abgelehnt.....	5
3. GBZ-Veranstaltungen.....	6
1. Mai 2004	6
Gewerkschaftsfrauen	6
GBZ-Apéro mit Brigitte Profos und Hanspeter Uster.....	6
4. Informationspolitik	7
Pressemitteilungen	7
GBZ-Info	8
Vernehmlassungen	8
5. Kommissionstätigkeit.....	8
Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen.....	8
Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM).....	9
Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann	10
Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann	10
Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen	10
Berufsschulkommission der gewerblich-industriellen Berufsschule Zug (BSK)	10
Tripartite Kommission zur Überwachung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit.....	11
6. Die GBZ-Verbände	12
Mitgliederentwicklung	12
GBI	12
SMUV	12
Unia	12
VPOD	12
Gewerkschaft Kommunikation	12
SEV	12
7. GBZ-Gremien	13
GBZ-DV vom 6. April 2004	13
GBZ-Vorstand	13
8. Schlussbemerkungen.....	14

1. Vorbemerkungen

„Wenn es nicht gelingt, diesem wirtschaftsfeindlichen Treiben der Gewerkschaften die Stirn zu bieten und deren Entmachtung einzuleiten, bin ich überzeugt, dass in den nächsten Jahren immer weitere Produktionen in Billiglohnländer verschoben werden.“ Dies sagte der abtretende Präsident des Zuger Gewerbeverbandes in seinem Jahresbericht 2003/2004. Wir zitieren hier den ehemaligen CVP-Kantonsrat, nicht weil wir seine Ausführungen besonders geistreich finden, sondern weil diese Äusserungen ein weiterer Hinweis auf die „SVPeisierung“ der Gewerbeverbände und der bürgerlichen Parteien CVP und FdP ist. „SVPeisierung“, die bedeutet: 1. Alles, was Widerstand gegen den Neoliberalismus leistet, muss bekämpft werden. 2. Dazu dienen auch an den Haaren herbeigezogene Behauptungen, die gut tönen, aber trotzdem falsch sind. 3. Die Falschen werden beschuldigt, um von den Schuldigen abzulenken.

Immer mehr Arbeitgeber haben Mühe mit der „zunehmend aggressiver Politik“ der Gewerkschaften, die nichts anderes als die Reaktion auf die rücksichtslose Politik der Arbeitgeber selber ist. Immer mehr gelingt es den Gewerkschaften, Widerstand gegen die kurzsichtige Profitpolitik zu leisten. Bei der Esec zum Beispiel ist der Abbau von Arbeitsplätzen nicht so glatt über die Bühne, wie es das Management erwartet hatte. Die Gewerkschaften sind keine kollektiven Bittsteller, das müssen sich die Arbeitgeber merken. Die Gewerkschaften sind jene Werktätigen, die sich organisieren, um ihre Abhängigkeit von den Arbeitgebern zu verringern. Insofern bitten die Gewerkschaften nicht um etwas, sondern sie formulieren die Forderungen der Arbeitenden und versuchen, sie durchzusetzen.

Bei der Esec spielten die Gewerkschaften bis kürzlich keine Rolle, Esec hat nicht einmal einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Trotzdem will die Esec ihre Produktion nach Asien verlagern. Dieser Entscheid hat mit dem Profitstreben und überhaupt nichts mit dem „wirtschaftsfeindlichen Treiben der Gewerkschaften“ zu tun. Zudem soll uns der ehemalige Präsident des Gewerbeverbandes erklären, wie gewerbliche Betriebe, die für den Binnenmarkt arbeiten, ihre Arbeitsplätze ins Ausland verschieben wollen. Zu behaupten, die Gewerkschaften seien daran schuld, wenn Arbeitsplätze in Billiglohnländer verlegt werden, ist eine Unterstellung, die von jenen ablenken soll, die wirtschaftlich für diese Entwicklung verantwortlich sind.

Es ist für uns unverständlich, wie die Gewerbeverbände nicht sehen wollen, wer eigentlich schuld daran ist, dass die Klein- und Mittelbetriebe (KMU) immer mehr unter Druck geraten. Die von den Grossbanken gewährten Betriebskredite sind heute in Schnitt drei bis vier Prozent teurer als vor zehn Jahren. Damit ziehen die Banken den KMU pro Jahr zwischen 2 und 3 Milliarden Franken aus der Firmenkasse. Geld, das für Investitionen und Personalaufwand fehlt. Aber eben, gegen die Gewerkschaften zu wettern, ist halt einfacher, als sich mit den Grossbanken anzulegen, von denen man schlussendlich abhängig ist.

Die Forderung nach einem flexiblen Altersrücktritt zeigt, wie die Gewerkschaften Lösungen für Probleme der Wirtschaft vorlegen. Gerade in gewerblichen Branchen ist die Arbeitsbelastung derart, dass viele Arbeitende das ordentliche Pensionsalter nicht aktiv am Arbeitsplatz erreichen. Eine Herabsetzung des Rentenalters erlaubt den Arbeitgebern, Beschäftigte, „die ihre Leistung nicht mehr voll bringen können“, fair in Rente zu schicken, anstatt sie zu entlassen oder zu invalidisieren. Aber Nein, Maler-, Gipser- und Schreinermeister blockieren mit allen Mitteln die Verhandlungen mit den Gewerkschaften und sind nicht bereit, auf das flexible Rentenalter einzusteigen. Bei den Malern und Gipsern haben nicht einmal mehrtägige Streiks genützt.

Keine grosse Hilfe für die Gewerkschaften waren die Verbände der Gewerbler bei den Bestrebungen, die flankierenden Massnahmen zum Schutz gegen Lohndumping zu verschärfen.

Dies obwohl ein Schutz der Arbeitsbedingungen der Einheimischen gerade auch im Interesse des Gewerbes wäre. Aber eben, die SVP-Gewerbler möchten sich die Möglichkeit nicht verbauen, billige Arbeitskräfte anstellen zu können. Das dadurch verursachte Lohndumping wird die einheimischen Arbeitenden zu Recht verunsichern. Leider werden sich diese gegen den freien Personenverkehr wenden und nicht gegen diejenige, welche das Lohndumping verschulden. Dank dieser Unzufriedenheit wird die SVP ihre isolationistische und fremdenfeindliche Suppe weiter kochen können. Die Arbeitgeberverbände täten gut daran, sich nicht mehr länger von der SVP instrumentalisieren zu lassen. Denn diese Partei der Egoisten und Rücksichtslosen will ja keine Probleme lösen, sondern sie nur verschärfen, damit sie weitere Wahlerfolge buchen kann.

Weitsichtige Arbeitgeber haben es schon lange erkannt: Lieber mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, als gegen sie. Das sollen sich auch jene merken, welche „die Macht der Gewerkschaften“ brechen wollen. Die Gewerkschaften werden sich das nicht gefallen lassen, und so noch „mächtiger“ werden. Die erfolgreiche Arbeit der Gewerkschaften ist aber nur möglich, wenn die Direktbetroffenen sich mobilisieren. So wie es bei der Esec geschehen ist. Die Arbeitenden müssen sich in den Gewerkschaften organisieren und sie aktiv unterstützen, Druck machen und, wenn nötig, streiken. So kann den Arbeitgebern gezeigt werden, dass ohne die Arbeitenden nichts geht. Die Beschäftigten sind keine Zahlen, sondern Menschen, die als solche behandelt werden sollen. Die Gewerkschaften sind die Organisationen, die den Arbeitenden ermöglichen, sich kollektiv gegen die Willkür der Arbeitgeber zur Wehr zu setzen. Die Gewerkschaften sind keine kollektiven Bittsteller, sondern Interessensvertreterinnen der Lohnabhängigen.

2. Die GBZ-Aktivitäten

16. Mai: 11. AHV-Revision und Steuerpaket Nein

Am 16. Januar wurde das Referendum gegen die 11. AHV-Revision mit 154'000 Unterschriften, die in zwei Tagen gesammelt worden waren, eingereicht. Die Abstimmung fand am 16. Mai zusammen mit dem Steuerpaket statt. Auf Initiative des GBZ wurde ein Komitee gegründet, das die Kampagne gegen die 11. AHV-Revision sowie gegen das Steuerpaket organisierte. Auch in Zug wurden beide Vorlagen deutlich abgelehnt. Die 11. AHV-Revision erzielte im Kanton Zug 22'576 Nein (40.4%) bei 14'781 Ja (39.6%), national 1'634'326 Nein (67.9%) bei 772'964 Ja (32.1%). Das Steuerpaket in Zug 21'335 Nein (56.9%) bei 16'122 Ja (43.1%), national 1'585'708 Nein (65.9%) bei 821'683 Ja (34.1%).

26. September: Mutterschaftsversicherung angenommen, Postdienste für alle, Einbürgerungen und zahlbare Krankenkassen abgelehnt

Die Gewerkschaftsfrauen engagierten sich für die Mutterschaftsversicherung im Rahmen des kantonalen Komitees der Frauenorganisationen. Der GBZ führte zusammen mit der ARZug eine Inseratenkampagne. Die Mutterschaftsversicherung wurde in Zug mit 19'147 Ja (47.2%) bei 21'340 Nein (52.8%) abgelehnt, gesamtschweizerisch jedoch mit 1'416'913 Ja (55.4%) gegen 1'113'856 Nein (44.6%) angenommen.

Für die Einbürgerungsvorlagen organisierten die Gewerkschaften einen Aktionstag mit Konzert auf dem Landsgemeindeplatz. Die erleichterte Einbürgerung der 2. Generation wurde in Zug mit 25'616 Nein (43.2%) bei 14'945 Ja (36.8%) sowie national mit 1'452'669 Nein (56.8%) bei 1'105'650 Ja (43.2%), die der 3. Generation in Zug mit 23'395 Nein (57.7%) bei

17'191 Ja (42.3%) sowie national mit 1'322'668 Nein (51.6%) bei 1'238'849 Ja (48.4%) abgelehnt.

Die Kampagne für die Initiative „Postdienste für alle“ wurde von der Gewerkschaft Kommunikation geführt. Die Initiative wurde in Zug mit 25'134 Nein (63.4%) bei 14'516 Ja (36.6%) deutlich, wohingegen national mit 1'259'125 Nein (50.2%) bei 1'247'839 Ja (49.8%) nur äusserst knapp abgelehnt.

Der GBZ machte im Komitee für die zwei kantonalen Initiativen mit, die „zahlbare Krankenkassenprämien“ durchsetzen wollten. Beide Initiativen wurden mit 25'290 Nein (75.4%) bzw. 26'503 Nein (79.3%) bei 8'250 Ja (24.6%) bzw. 7'282 Ja (20.7%) deutlich abgelehnt. Der Gegenvorschlag wurde hingegen mit 20'450 Ja (58.1%) gegen 12'981 Nein (41.9%) angenommen.

3. GBZ-Veranstaltungen

1. Mai 2004

Zum ersten Mal organisierte ein neu von Hanspeter Roth (VPOD), Jörg Rüttimann (SMUV) und Josy von Wyl (GBI/GBZ) geleitetes Komitee die 1. Mai-Kundgebung. Im 1. Mai-Komitee machten neben dem GBZ noch folgende Organisationen mit: SAH Zug, SGA Kanton Zug, SP Kanton Zug, ZALT, Zuger Werkstattfrauen, SMUV Zug, GBI Zug, Tamil Rehabilitation Organisation, VPOD Zug, OFRA Zug, Frische Brise, Gleis 3. Die Demonstration führte vom Landsgemeindeplatz über die Bahnhofstrasse zum Bahnhof, wo eine kurze Kundgebung stattfand, und zurück über die Alpenstrasse zum Landsgemeindeplatz. Unterwegs zeigten die Demonstranten den Kaputtsparen die rote Karte. Auf dem unteren Landsgemeindeplatz sprachen Zita Küng, Agentur für Gender Mainstream, und Rosanna Ambrosi, SP Zürich. Die Kundgebung war wieder umrahmt von Informations- und Verpflegungsständen. Die 1. Mai-Parole des SGB lautete „Hände weg von der AHV“. An der Demonstration nahmen über 100 Leute teil, an der Kundgebung auf dem Landsgemeindeplatz waren es eher mehr als letztes Jahr (an die 300).

Gewerkschaftsfrauen

Regelmässig trafen sich Gewerkschaftsfrauen zum monatlichen Treff und diskutierten verschiedene aktuelle Themen. Für den 8. März lancierten sie ein Frauenmanifest, das der Zuger Staatskanzlei überbracht wurde. Der Frauentreff nennt sich nun Gruppe „Frau und Arbeit, Zug“.

GBZ-Apéro mit Brigitte Profos und Hanspeter Uster

Acht KollegInnen nahmen am 3. November 2004 am traditionellen GBZ-Apéro mit dem Kollegen und der Kollegin aus dem Regierungsrat in der Doku Zug teil. Brigitte Profos und Hanspeter Uster nahmen Stellung zu den folgenden Themen: Neuer Finanzausgleich (NFA), Service public, Migrationspolitik und Flankierende Massnahmen zu den Bilateralen Verträgen mit der EU.

4. Informationspolitik

Pressemitteilungen

Regelmässig war der GBZ in den Medien präsent. Im vergangenen Jahr wurden folgende Pressemitteilungen veröffentlicht:

(nZZ = Neue Zuger Zeitung; ZP = Zuger Presse; ZW = Zuger Woche)

Zuger Gewerkschafterinnen vernetzen sich

nZZ (17.01.04): „Gewerkschafterinnen: Bessere Vernetzung“

ZP (13.01.04): „Gewerkschaften: Zuger Frauen vernetzen sich“

Bundesrat Blocher bodigt Sozialplanpflicht

nZZ (20.02.04): „Bundesrat Blocher bodigt Sozialplanpflicht“

ZP (20.02.04): „Blocher bodigt Sozialplanpflicht“

ZW (25.02.04): „Blocher bodigt Sozialplanpflicht“

Zuger Komitee gegen AHV-Abbau gegründet

nZZ (02.04.04): „Zuger Komitee gegen AHV-Abbau“

ZW (14.04.04): „Zuger Komitee gegen AHV-Abbau gegründet“

GBZ-Delegiertenversammlung

nZZ (13.04.04): „Ein klares Nein zum Steuerpaket“

ZW (14.04.04): „Zuger Gewerkschaftsbund“

Wer bezahlt Rentenalter 67?

nZZ (19.04.04): „Wer bezahlt Rentenalter 67?“

ZW (28.04.04): „Wer bezahlt Rentenalter 67?“

Aktionstage gegen AHV-Abbau

ZP (23.04.04): „Alarmismus ist fehl am Platz“

nZZ (22.04.04): „Aktion gegen AHV-Abbau“

Gewerkschaften verteidigen Interessen der Arbeitenden

nZZ (30.04.04): „Gewerkschaften verteidigen Interessen der Arbeitenden“

1. Mai

nZZ (03.05.04): „Nicht feiern, sondern fordern“

ZP (04.05.04): „Der erste Mai wurde friedlich begangen“

Kurzsichtige Patrons gegen starke Gewerkschaften

nZZ (06.05.04): „Kurzsichtige Patrons gegen starke Gewerkschaften“

ZP (11.05.04): „Die grösste Gewerkschaft ist nicht mit lautem Gebrüll und Repression zu zähmen“

Nein zum Abbau: Rettet die AHV!

nZZ (10.05.04): „Die AHV funktioniert bestens: Nein zum Abbau“

ZP (14.05.04): „Nein zum Abbau: Rettet die AHV“

ZW (12.05.04): „Nein zum Abbau: Rettet die AHV“

Vernehmlassung Submissionsgesetz

nZZ (13.09.04): „Für interkantonale Zusammenarbeit“

Ja zur Mutterschaftsversicherung

nZZ (14.09.04): „Ja zur Mutterschaftsversicherung“

ZP (06.09.04): „Gemeinsames Ja von AR und GBZ“

ZW (15.09.04): „Ja zur Mutterschaftsversicherung“

Zuger Promis werben für erleichterte Einbürgerung

nZZ (04.09.04): „Linke werben für Einbürgerungsvorlage“

In Zug Ja zum NFA

nZZ (13.11.04): „Im Kanton Zug Ja stimmen zum NFA“

ZP (22.11.04): „NFA: Gewerkschaftsbund sagt ja, aber...“

ZW (17.11.04): „In Zug Ja zum NFA“

Das Kapital hat den Menschen zu dienen!

nZZ (02.12.04): „Das Kapital hat den Menschen zu dienen“

ZP (06.12.04): „Kapital muss Menschen dienen“

ZW (07.12.04): „Das Kapital hat den Menschen zu dienen“

Hirschhorn und die Demokratie

nZZ (21.12.04): „Hirschhorn, Frau Landamann Profos und die Demokratie“

ZP (24.12.04): „Hirschhornen“ reicht nicht“

ZW (28.12.04): „Hirschhorn und die Demokratie“

GBZ-Info

Im vergangenen Berichtsjahr wurde allen GBZ-Delegierten das GBZ-Info geschickt. Das GBZ-Info geht auch an 100 uns nahestehende PolitikerInnen und InteressentInnen und ist im Jahr 2004 wieder viermal erschienen.

- **Nr. 54, Januar 2004:** AHV-Referendum, Abstimmungen 8. Februar, Stress und Arbeit, Lego, Arbeitgeber-Bundesrat, Mindestlöhne, GBZ-Apéro, Kein Teuerungsausgleich für Staatspersonal, Gewerkschaftsfrauen, starke Gewerkschaften gegen freche Arbeitgeber.
- **Nr. 55, April 2004:** Abstimmungen vom 16. Mai, Nein zur 11. AHV-Revision, Sozialplanpflicht, GBZ-DV, Tag der Frauen, Frauenstamm, Nein zum Steuerpaket.
- **Nr. 56, August 2004:** Abstimmungen 26. September, 1. Mai, Risi, Kurzsichtige Patrons gegen starke Gewerkschaften, SMUV GV, Krankenkassen-Initiativen.
- **Nr. 57, November 2004:** Abstimmungen 28. November, Referendum Sonntagsarbeitsverbot, Flankierende Massnahmen, GBZ-Apéro mit Brigitte Profos und Hanspeter Uster, Ja zum NFA, Lohndumping im Zugerland, Submissionsverordnung, Grossgewerkschaft Unia.

Vernehmlassungen

Am 8. September 2004 hat der GBZ zum „neuen Submissionsgesetz inkl. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 (IVöB 2001)“ und zur „neuen Submissionsverordnung“ Stellung genommen.

5. Kommissionstätigkeit

Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen

Am 29. März 2004 fand eine Sitzung statt, an der die Wirtschaftslage, das Technologie Forum, Aktuelles von der Kontaktstelle Wirtschaft und eine Umfrage zur Zuger Wirtschaft behandelt wurden. Madeleine Landolt nahm an der Sitzung teil, Bruno Bollinger konnte nicht dabei sein.

Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)

Der GBZ wird durch Josy von Wyl, Vizepräsidentin, vertreten. In ihrem Bericht hält sie fest: „Die vergangenen Jahre waren geprägt von hoher Arbeitslosigkeit und grossen Verlusten an den Börsen. Wie war das Jahr 2004? Wie wird das Jahr 2005? Der Arbeitsmarkt 2004 war gemäss (seco) so, dass die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im ersten Halbjahr 2004 von einer deutlichen Abnahme geprägt war. Zwischen August und Oktober erhöhten sich die Zahlen moderat. Seit November steigen die Zahlen vorwiegend aus saisonalen Gründen wieder stärker an. Zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 kommt damit der Jahresendwert wieder tiefer zu liegen als am Jahresanfang. Wir sollten also nicht zu optimistisch sein. Wir haben im Moment eine stagnierende Situation. Laut Toni Luginbühl, Präsident der Geschäftsleitung der Zuger Kantonalbank, kann der Kanton Zug seine führende Position in der Schweiz halten. Er sieht für 2005 keine all zu grossen Überraschungen.“

Der Verein für Arbeitsmarktmassnahmen VAM Zug wird von Gianni Bomio, Präsident, geleitet. Der Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern: Andreas Hofer, Ursula Müller-Wild, Josy von Wyl, Libor Simecek, Trudy Fux, Othmar Werder, Paul Hugener und Marianne Lüthi. Die ordentlichen Sitzungen waren alle gut besucht. Geschäftsführer Fredy Omlin erstattet ausführlich Bericht und führt VAM und RAV stark und kompetent. Die GV war am 30. März 2004. Im September wurde uns das Budget 2005 vorgestellt. Es sieht nicht wesentlich anders aus als 2004. Es muss noch von der Regierung genehmigt werden. In der Arbeitgeberliste des Kantons Zug steht VAM an 9. Stelle.

Auslastungsliste für 2004

Projekt	Optimalbesetzung	Maximalbesetzung	Budget 2005
Geschichtsgruppe	7	7	8
Papierwerkstatt	12	14	20
Textilatelier/Waschsalon	25	28	30
Velowerkstatt/Recycling	27	30	35
Kartonatelier	12	14	15
Mosaikatelier	10	11	12
Cafeteria	3		5
VAM Plus	12	12	20
EiB	32	32	32
Total Projekte	140	148	177
Ext. Stellennetz			
Kanton			22
Gemeinden			10
Gemeinn. Institutionen			25
Berufspraktika			8
Total Ext. Stellennetz			65
Total VAM			242

Projekt Einstieg in die Berufswelt: 40 Jugendliche haben daran teilgenommen; 25 davon haben eine Lösung gefunden, 8 sind vorzeitig ohne Lösung ausgetreten (2 aus gesundheitlichen Gründen, 3 wegen fehlender Motivation für das Programm und 3 aus disziplinarischen Gründen), 7 hatten am Ende des Programms keine Lösung. Vergrösserung VAM Plus: Der Vorstand hat einstimmig eine Aufstockung von 50% auf 100% beschlossen, das heisst von 12 auf 20 Teilnehmende erhöht. In allen Ateliers wurde unter kundiger Leitung effizient gearbeitet. Vor Ostern und vor Weihnachten lief der Verkauf gut. Die Geschichtsgruppe hat eine Ausstel-

lung in Ennetsee aufgebaut und einen Film über den 2. Weltkrieg (Raum Zug) zustande gebracht. VAM wird geführt vom Arbeitsamt der Gemeinden Zug und Baar.“

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ruth Wyss vertritt die Gewerkschaften (GBZ und Christliche). Sybilla Schmid Bollinger (GBZ) ist Präsidentin der Gleichstellungskommission. Sie berichtet:

„Ich präsiidierte die kantonale Kommission für die Gleichstellung bereits das zweite Jahr. Dies als Vertreterin der Frauenzentrale Zug. Ruth Wyss (VPOD) ist die offizielle Vertreterin der Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen in der Gleichstellungskommission. Wie die untenstehende Aufzählung zeigt, sind die Aufgaben dieses Gremiums breit gefächert.

- *Herausgabe Broschüre mit den Angeboten für familienexterne Kinderbetreuung*
- *Durchführung Schulprojekt Umdenken öffnet Horizonte in drei Zuger Schulklassen*
- *Organisation einer verwaltungsinterne Situationsanalyse in folgenden Ämtern:*
 - *Zuger Polizei*
 - *Amt für Denkmalpflege und Archäologie*
 - *Lebensmittelkontrolle*

Die Gleichstellungskommission lud dreimal zu einem Runden Tisch ein, um mit den politischen Parteien, den Frauenorganisationen und den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften darüber zu diskutieren, wie es mit der Gleichstellungsarbeit im Kanton Zug weitergehen soll. An einem der Runden Tische nahm unser Präsident, Bruno Bollinger, teil.

- *Mitmachen bei der Kampagne zur 11. AHV-Revision und zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft*
- *Veranstaltungen zum Thema Offene Berufswahl Zug und Mitmachen beim nationalen Tothertag*

Die Gleichstellungskommission traf sich zweimal mit den übrigen Innerschweizer Kommissionen und nahm auch an verschiedenen kantonalen und nationalen Tagungen teil. Weiter verfasste sie Vernehmlassungen und Mitberichte zu kantonalen und nationalen Gesetzesvorschlägen und beantwortete Anfragen von Einzelpersonen.“

Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann

Bruno Bollinger ist Mitglied der Schlichtungsstelle. Im vergangenen Jahr kam es zu keiner Verhandlung.

Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen

Pietro Panico vertritt die Gewerkschaften im Vorstand des Vereins, der am 22. Juni 2004 seine GV abgehalten hat. Der Vorstand traf sich vier Mal zu einer Sitzung. Dieser versucht nun Jugendliche verschiedener Nationalitäten einzubeziehen.

Berufsschulkommission der gewerblich-industriellen Berufsschule Zug (BSK)

Ruedi Amrein vertritt den GBZ und verfasste folgenden Bericht:

„2004 fanden drei Sitzungen der GIBZ-Kommission statt. Am 1. Januar 2004 trat das neue eidgenössische Berufsbildungsgesetz in Kraft. Dies bedeutet, dass das GIBZ seine Schulpläne neu fassen muss, dort wo die Erlasse des neuen Gesetzes dies erfordern. Eine weitere Auswirkung des neuen Berufsbildungsgesetzes ist, dass die Gesundheitsberufe neu diesem Gesetz unterstellt sind. So werden die Klassen Fachangestellte Gesundheit von der Pflegeschule

Baar ins GIBZ überführt. Eine weitere Herausforderung ist, die Platzierung eines Teils der Brückenangebote an die Schule.

Der Spardruck macht sich auch im Berufsbildungswesen bemerkbar. Das optimieren im Bereich der Klassen und Berufslehren war ein Diskussionsthema. Was mir dabei auffällt, dass oftmals die grössten Sparapostel mit Sonderwünschen an die Berufsbildung herantreten, ohne die Frage zu beantworten, wer diese bezahlt.

Ein Dauerauftrag stellt auch die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems und dessen Überwachung dar. In diesem Jahr trat auch das Reglement, „Unsere pädagogische Haltung am GIBZ und konkrete Auswirkungen auf den Unterricht“ in Kraft. Schwerpunkte dieses Reglements sind, Lernklima, Lernverantwortung, Lernunterstützung, Lernzielkontrolle und Disziplin. Weiter trat auch eine neue Hausordnung am GIBZ in Kraft. Hier ist unter anderem geregelt wie politische Unterlagen an der Schule verteilt werden dürfen, z.B. Flugblätter.

Die Leistungsbeurteilung der Kantonalen Angestellten führte am GIBZ zu einem Pilotversuch, in dem eine Anzahl Lehrpersonen dieser Beurteilung unterzogen wurden. Lohnwirksam wird dies zu einem späteren Zeitpunkt. Weitere Themen waren Exkursionswoche, LAP-Woche, Rechte und Aufgaben der Lehrpersonen, Funktionen und Aufgaben der Klassenlehrperson. Für Markus Trinkler, den Vertreter der Lehrerschaft in der GIBZ-Kommission, ging die Amtszeit zu Ende. Markus Trinkler war ein sehr kompetenter Vertreter, der die Anliegen seiner Kollegen/innen mit sehr viel Sachverstand und Herzblut vertrat. Sein Nachfolger, der durch die Lehrerkonferenz vorgeschlagen und durch die Volkswirtschaftsdirektion gewählt wurde, heisst Daniel Elsener.“

Tripartite Kommission zur Überwachung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit

Der GBZ wird von Giuseppe Reo, GBI-Sekretär, vertreten. Die tripartite Kommission konstituierte sich im letzten Jahr. Ende Jahr kam sie öffentlich unter Druck, weil deren Präsident der Meinung war, die Kommission solle erst dann Kontrollen durchführen, wenn Klagen vorliegen. Wichtig ist hingegen, dass systematisch kontrolliert wird.

6. Die GBZ-Verbände

Mitgliederentwicklung

	1980	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
GBH / GBI	669	1146	1286	1271	1255	1101	851	720	520	337	360
GTCP (1)	41	29									
SMUV	987	843	887	885	960	1037	1'079	1'169	1'069	1'138	1'051
SEV	361	458	484	489	490	483	482	470	464	446	438
VPOD	74	134	139	147	144	142	141	141	136	124	137
GeKo (2)	76	77	77	76	80	81	84	60		173	152
VHTL	50	20	20	19							
Comedia (3)					57	50	49	56			74
Kanton Zug	2'258	2'707	2'893	2'887	2'986	2'894	2'686	2'616	2'189	2'218	2'212

(1) Ab 1.1.93 nach Fusion von GBH und GTCP = GBI

(2) PTT-Union ab 1998 in Gewerkschaft Kommunikation unbenannt

(3) GDP nach Fusion mit SLB = Comedia

Infolge Zusammenlegung der Innerschweizer Sektionen weisen die meisten Verbände keine separaten Zahlen für den Kanton Zug aus. Aus diesem Grund verzichten wir darauf, die Tabelle weiterzuführen.

GBI

Das Gewerkschaftssekretariat wird von Luzern aus stundenweise bedient. Im Zuger Sekretariat arbeitet die Arbeitslosenkasse der GBI. Der Zuger Kantonalpräsident ist Fredy Frei.

SMUV

An der Generalversammlung vom 16. April 2004 wurde Ruedi Amrein als Sektionspräsident bestätigt. Pietro Panico betreut die Mitglieder auf dem Zuger Sekretariat.

Unia

GBI, SMUV und VHTL haben Ende 2004 fusioniert und die Grossgewerkschaft Unia gegründet.

VPOD

An der GV vom 18. März 2004 wurde Toni Gschwind als Präsident bestätigt.

Gewerkschaft Kommunikation

In Zug hat es keine Gewerkschaftsgruppe der GeKo mehr.

SEV

Auch im Jahr 2004 war von den SEV-Gruppen in Zug nichts zu erfahren.

7. GBZ-Gremien

GBZ-DV vom 6. April 2004

17 KollegInnen und drei Gäste nahmen an der Delegiertenversammlung teil. Jahresbericht, Rechnung und Budget wurden angenommen. Für das Jahresprogramm wurden folgende Schwerpunkte festgelegt: AHV-Kampagne, 1. Mai, Mutterschaftsversicherung. Bruno Bollinger wurde als Präsident, Sybilla Schmid als Kassierin, sowie Josy von Wyl, Pietro Panico und Toni Gschwind als Vorstandsmitglieder in ihrem Amt bestätigt. Im Anschluss an die DV referierte GBI-Regionalsekretär André Veya über die interprofessionelle Gewerkschaft Unia in der Zentralschweiz. Die neue Zuger Zeitung und die Zuger Woche berichteten über die DV.

GBZ-Vorstand

Der GBZ-Vorstand setzte sich wie folgt zusammen:

Bruno Bollinger (SMUV), Präsident;
Josy von Wyl (GBI), Vizepräsidentin;
Pietro Panico (SMUV), Vizepräsident;
Sybilla Schmid Bollinger (SMUV), Kassierin;
Toni Gschwind (VPOD).

Neben den regelmässigen Ressortberichten (Frauen, Verein für Arbeitsmarktmassnahmen, Gleichstellungskommission, Politik) wurden folgende Schwerpunktthemen behandelt:

- 3. Februar** Frauentreff, 1. Mai, Vorbereitung DV, 11. AHV-Revision
- 2. März** 8. März, 1. Mai, AHV-Kampagne, Vorbereitung DV, Restrukturierung SAH
- 15. Juni** Abstimmungen 26. September, Auswertung DV, Restrukturierung SAH, Zusammenarbeit mit NR Josef Lang, Submissionsgesetz
- 19. Oktober** Sonntagsarbeitsverbot, Abstimmungen 26. September, Neue kantonale Submissionsverordnung, Reform der Gewerkschaftsbünde
- 6. Dezember** GBZ-Apéro, Referendum Sonntagsarbeitsverbot, Kantonale Submissionsverordnung, 1. Mai 2005

Den Kolleginnen und Kollegen vom Vorstand danke ich an dieser Stelle für ihre Mitarbeit.

8. Schlussbemerkungen

Als die Unaxis anfangs Dezember die Verlegung der Chipproduktion nach Asien und die Streichung von 330 Arbeitsplätzen bei der Esec in Cham bekannt gab, schaute der Unia-Regionalleiter André Veya bei der Mitgliederverwaltung nach, wie viele Mitglieder die Unia bei der Esec hatte und fand nur ein einziges. Die Unia entschied sich trotzdem zu handeln und lud die Esec-Mitarbeitenden zu einem Informationsaustausch ein. Im Restaurant Chollermühle wurde ein Tisch für sechs Personen reserviert und es kamen 33. Am nächsten Tag nahmen mehr als Hundert an der ersten Betriebsversammlung teil. Inzwischen sind über 100 Esec-Leute der Unia beigetreten. Als erstes konnte die Gewerkschaft eine Fristerstreckung für die Konsultation erwirken. In tagelanger Arbeit definierten anschliessend dutzende von Angestellten zusammen mit Unia-Sekretär André Veya eine industrielle Strategie, welche die Erhaltung des Standortes Cham zum Ziel hat. Auf 22 Seiten nahm dann die Unaxis Stellung zu den Anliegen der Belegschaft, wobei auf viele konkrete Fragen, namentlich jene nach den Fehlern des Managements, die Antwort verweigert wurde. Grundton der Stellungnahme: Die Unaxis hält an ihrem Entscheid fest! Wir wissen zurzeit nicht, wie die Geschichte bei der Esec enden wird. Eine Schlussfolgerung können wir aber jetzt schon ziehen. Seit Jahren ist es der Gewerkschaft in Zug wieder gelungen, in einem Betrieb zu intervenieren. Seit langen haben die Arbeitgeber auch in Zug wieder merken müssen, dass die Gewerkschaften ein ernst zu nehmender Faktor sind. Dies war dank der Gründung der Unia möglich und wir hoffen, dass diese Stärkung der gewerkschaftlichen Präsenz auf dem Platz Zug in diesem Stil weitergeht.

26. Februar 2005 / Bruno Bollinger, Präsident GBZ